

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

21. Februar 1968 - 15/11
Einzelpreis DM 0.75

GEHEIME SENATSUMFRAGE ERGAB: KEINE ANTI-STUDENTISCHE MEHRHEIT

Eine streng vertraulich gehaltene Umfrage des Senats innerhalb der Westberliner Bevölkerung hat ergeben: Es gibt keine klare Mehrheit "der Berliner" gegen die studentische und außerparlamentarische Protestbewegung. Antworten auf zahlreiche Fragen haben ergeben, daß nur rund 25 bis 30 Prozent der Westberliner Bevölkerung für einen "harten Kurs" des Senats sind und dabei eine teilweise faschistische Haltung einnehmen ("Studenten ins Gefängnis", "von den Universitäten werfen" etc.). Eine ebenso starke Gruppe von 25 bis 30 Prozent der Bevölkerung steht der studentischen Bewegung aufgeschlossen bis unbedingt sympathisierend gegenüber ("Sie haben recht", "sie haben nicht ganz so unrecht", "man muß mit ihnen diskutieren", etc.). Eine Gruppe, die etwa die Hälfte der Bevölkerung der Stadt ausmacht, ist völlig indifferent: Sie nimmt Demonstrationen der Studenten nicht zur Kenntnis.

GEGENKUNDGEBUNG: GEMEINSCHAFTSEMPFANG UND ARBEITSFREI

Die Vorbereitungen des Senats und des vereinigten Westberliner Establishments für die "Gegenkundgebung" am heutigen Mittwoch setzten bereits am Sonntagvormittag ein. Es war zuerst geplant, die Kundgebung am nächsten Wochenende, zumindest aber am Freitag stattfinden zu lassen. Vor allem von den Gewerkschaften kam der Hinweis, daß man "dann nicht genügend Leute auf die Beine bringen wird". Es schien auch fraglich, ob es der Springer-Presse gelingen könnte, die Bevölkerung der Stadt bis zum Wochenende "in Stimmung zu halten". Daher wurde die Kundgebung auf Mittwoch vorverlegt. Die Veranstalter rechneten jedoch nur mit einer einigermaßen für sie erfreulichen Beteiligung, wenn die Betriebe dienstfrei gäben. Verhandlungen mit den Arbeitgebern, generell dienstfrei zu geben, scheiterten jedoch an der mangelnden Bereitschaft der Arbeitgeber, den Verdienstausschlag zu bezahlen. Den Verdienstausschlag für die städtischen Angestellten trägt die Stadt. Er beträgt pro städtischen Bediensteten im Schnitt 4,95 DM pro Stunde; als Arbeitsausfall muß die Zeit zwischen 13.45 und 17.30 Uhr gerechnet werden. Um zu erreichen, daß Arbeiter und Angestellte auch zur Kundgebung gehen und nicht eine Wiederbelebung des früheren "Beamtennachmittags" feiern, soll ein Demonstrationzug stattfinden, zu dem sich die einzelnen Betriebe auch "geschlossen" einfinden. Die Westberliner Sender sorgen durch mehrfache Übertragung der Kundgebung für einen Gemeinschaftsempfang der Daheimgebliebenen.

Die Außerparlamentarische Opposition wird sich an der Kundgebung nicht beteiligen. Allerdings ist vorgesehen, Flugblätter in der City zu verteilen.

CDU UND NPD: SCHLAGENDE VERBINDUNG GEGEN DEMONSTRANTEN

Der CDU-Abgeordnete und Junge-Union-Chef Jürgen Wohlrabe, als Berliner McCarthy im Untersuchungsausschuß des Abgeordnetenhauses aktiv, betätigte sich am Sonntag als Einpeitscher und Organisator von Provokateuren am Rande der Vietnam-Demonstration.

Ein "Stern"-Fotograf bekam ihn gerade in dem Moment aufs Bild, als er den Bauarbeitern auf dem der Deutschen Oper gegenüberliegenden Neubau Anweisungen für ihren "Einsatz" gab. Die Provokateure gingen mit Holzplatten auf Demonstranten los, zerrissen Transparente und verbrannten Fahnen. Nach Schluß der Kundgebung versuchten Gegendemonstranten, die größtenteils mit Gummiknüppeln ausgerüstet waren, eine Straßenschlacht anzuzetteln (siehe EXTRA-Report Seite 6). Für diese provokative Aktion fanden sich Mitglieder der CDU und NPD als schlagende Verbindung zusammen. In einem Lokal in der Seesenheimer Straße wurde von einigen der Schläger zuvor eine "Einsatzbesprechung" durchgeführt. Dabei wurde auch das "Bild"-Zeitungs-Argument aufgegriffen, daß man nicht die "ganze Dreckarbeit den Wasserwerfern und Gummiknüppeln der Polizei" überlassen sollte. Die Besprechung war abgeschlossen, als ein Teilnehmer aufsprang und rief: "Kommt Leute, die Polizei braucht uns."

Die NPD hatte schon in der Nacht zuvor in den Arbeitervierteln Wedding und Neukölln Sonderdrucke der Neo-Nazi-Zeitung "Deutsche Nachrichten" verteilt. Die "Deutsche National- und Soldatenzeitung" orientierte sich mit ihrer rechtzeitig erschienenen neuen Ausgabe an Zitaten von Westberliner CDU-Mitgliedern und der "Bild"-Überschrift: "Stoppt die Jung-Roten!" Schlagzeile der "National-Zeitung": "Stoppt Dutschkes Terror!" In der Unterzeile wird von "roten Banditen" gesprochen.

Die "National-Zeitung" holte auch demonstrativ ein Westberliner aus der Manteltasche, als am Sonntag am U-Bahnhof Spichernstraße eine junge Buchhändlerin mit einer Anti-Vietnam-Plakette in den wartenden Zug stieg. Kurz vor Abfahrt des Zuges betrat ein Mann das Abteil, der die Buchhändlerin Maria St. anschrie: "Du Kommunistensau! Du Vietkonghure!" Er zog ein Klappmesser und sprang auf Maria St. zu. Ein anderer Fahrgast konnte dem Messerstecher noch in den Arm fallen. Er drängte ihn auf die Sitzbank zurück. Alle anderen Fahrgäste im überfüllten Abteil verhielten sich gänzlich passiv, auch als der Messerheld noch brüllte: "Beim nächsten Mal werden wir Euch alle abstechen!"

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS: SDS-MITGLIEDER VERWEIGERN AUSSAGE

Die am Dienstagvormittag vor den Untersuchungsausschuß des Abgeordnetenhauses in Sachen "studentische Unruhe" geladenen SDS-Mitglieder Bernhard Blanke, Rudi Dutschke, Peter Gäng, Hans Joachim Hameister, Wolfgang Lefèvre und Christian Semler haben die Aussage verweigert, weil der Ausschuß der Definition des 34. Deutschen Juristentages, "tatsächliche Vorgänge durch Beweiserhebung zwecks Vorbereitung einer innerhalb der allgemeinen Zuständigkeit des Parlaments gelegenen Beschlußfassung festzustellen", nicht nachkommt. Die Aussageverweigerung wurde mit einer Ordnungsstrafe von jeweils DM 200 belegt; Rudi Dutschke erhielt eine zusätzliche Ordnungsstrafe von DM 200, weil er den CDU-Abgeordneten Wohlrabe als "exemplarischen Faschisten" bezeichnete. Die SDS-Mitglieder gaben dazu folgende Erklärung ab:

"Der Innenausschuß hat am 14. 2. 1968 einen gemeinsamen Antrag der CDU und SPD verabschiedet, in welchem das Verbot des SDS gefordert wird.

Das Abgeordnetenhaus macht mit diesem Beschluß seine eigene Untersuchung zur Farce. Weder ist der Gang dieser Untersuchung überhaupt abgeschlossen noch ist bisher zu dem Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit ein verantwortlicher Vertreter des SDS gehört worden. Statt dessen hat ein Zeuge, welcher selbst in die Auseinandersetzungen verwickelt ist, den Abgeordneten die allgemeine Diffamierungsstereotype über unseren Verband in einem sogenannten Sachverständigengutachten zurechtgelegt.

Die verfassungsrechtlich garantierte Ausübung von außerparlamentarischer Opposition wird von den zur Beachtung der Verfassung zuallererst verpflichteten Volksvertretern systematisch behindert. Der SDS wird stellvertretend für die gesamte linksoppositionelle Bewegung zum Verfassungsfeind und damit für vogelfrei erklärt. Schlägertrupps, Presse, Parteien und Parlamentarier machen sich über ihn her.

Dieser kollektiven Nötigung und dieser totalitären Logik der von der Springer-Presse zurechtfrisierten und von Parlamentsbeschlüssen 'vollendeten Tatsachen' werden wir uns nicht beugen. Wir werden dem Untersuchungsausschuß erst dann bei der Klärung tatsächlicher Vorgänge behilflich sein, wenn er auf Mitglieder verzichtet wie die CDU-Ab-

geordneten Wohlrabe und Werth, deren Fraktion in einem Antrag zur letzten Debatte des Abgeordnetenhauses erklärt hat, der SDS begehe strafbare Handlungen und richte sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie gegen den Gedanken der Völkerverständigung. Ebenso stellen wir die Voreingenommenheit des SPD-Abgeordneten Dr. Reimann fest, welcher als Mitglied des Innenausschusses für das Verbot des SDS gestimmt hat. Wir verweigern die Aussage und berufen uns dabei auf das in der Berliner Verfassung verankerte Recht auf Widerstand gegen verfassungswidrige Handlungen der Staatsorgane. Die Nötigung des politischen Gegners durch seine Bedrohung mit dem Verbot seiner Organisation und der Versuch, ihn außerhalb eines ordentlichen Gerichtsverfahrens zu kriminalisieren und zu verfolgen, ist eindeutig verfassungswidrig. Wir stellen fest, daß dieses Abgeordnetenhaus nicht mehr in der Lage ist, seinen Verfassungsauftrag, nämlich die Wahrung und den Ausbau des demokratischen und sozialen Rechtsstaates, zu erfüllen. Der SDS ist bereit, seine Vorwürfe in einer öffentlichen Diskussion zu vertreten und dann zurückzunehmen, wenn die Mitglieder des Untersuchungsausschusses sich von den verfassungswidrigen Illegalisierungsversuchen distanzieren. - Gegen die insgesamt DM 1400 Ordnungsstrafe werden wir beim Verwaltungsgericht Klage erheben. "

VIETNAM-KOMITEE: KEINE BEHINDERUNG DURCH DDR-GRENZORGANE

Das Komitee für die Vorbereitung der Internationalen Vietnamkonferenz hat am Dienstag erklärt, daß sich die Grenzbehörden der DDR gegenüber den internationalen Teilnehmern an der Konferenz korrekt verhalten hätten und sich von den Prinzipien sozialistischer Solidarität leiten ließen. Das Komitee stellte fest, die Verleumdung der Grenzbehörden durch die Springer-Manipulation solle nur von der gemeinsamen Front aller antiimperialistischen Kräfte gegen die US-Aggression in Vietnam ablenken. Springer-Zeitungen hatten süffisant berichtet, Teilnehmer an der Konferenz hätten "stundenlang" auf die Abfertigung warten müssen. Wie EXTRA-Dienst vom Veranstalter der Konferenz erfuhr, wurde nur ein Bus nicht schnell genug abgefertigt. Ein Protest habe ergeben, daß es sich bei dieser Behinderung um ein Mißverständnis handelte.

SPD-WESTBERLIN: VOM ZERFALL BEDROHT

Die Beteiligung zahlreicher SPD-Mitglieder des linken Flügels an der Vietnam-Demonstration des Wochenendes hat den Schütz-Neubauer-Senat und die Mattick-Führung der Partei weiter geschwächt. Senat und Parteiführung sind daher übereingekommen, die Schwierigkeiten der Partei durch Massenausschlüsse nicht zu vergrößern. Vor allem wird durch einen Ausschluß etwa Harry Ristocks oder Erwin Becks eine endgültige Spaltung der SPD in Westberlin befürchtet. Die neue Linie: Einzelne Mitglieder herauszuschießen. Auf der Abschußliste stehen der AStA-Vorsitzende Landsberg und der 2. Vorsitzende des Republikanischen Clubs, Lothar Pinkall. - Die extreme Maffia der Partei gibt sich mit diesem "Kompromiß" nicht zufrieden. In Charlottenburg wurde am Montag eine Urabstimmung mit dem Ziel eingeleitet, alle SPD-Demonstranten aus der Partei zu werfen. Die Junge Linke in der SPD ist jedoch zum Gegenangriff übergegangen. In einem offenen Brief, der u. a. von Knut Nevermann, Hartmut Häußermann, Nils Kadritzke, Gert Börnsen und Arnim Meyer unterzeichnet ist, wird Schütz aufgefordert, seine Äußerungen der letzten Woche zurückzunehmen. Ihm wird gedankliche Nähe zum Rassismus vorgeworfen und eine Politik, die dem Rechtsradikalismus in die Hände arbeitet.

SPD-LINKE: ATTACKE DER RECHTEN ZURÜCKGEWIESEN

Auf den Antrag auf Sofortausschluß aus der SPD durch eine Gruppe rechter Sozialdemokraten (u. a. Ex-DGB-Vorsitzender Scharnowski, Bundestagsabgeordneter Klaus-Peter Schulz und Westberlins Vorsitzender der Polizeigewerkschaft, Toschka) reagierte die Leitung der SPD-Linken, Harry Ristock und Erwin Beck, mit einer scharfen Erklärung. Sie lautet:

"Zu dem von einigen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei gegen uns eingeleiteten Parteiverfahren, uns aus der Sozialdemokratischen Partei auszuschließen, geben wir folgende Erklärung ab: Wir haben an der von einem unabhängigen Gericht zugelas-

senen Demonstration gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam teilgenommen, weil wir dazu aus Vernunfts- und Gewissensgründen gezwungen waren. Es ist für uns unmöglich, die Jugend dieser Stadt und die Jugend dieses Landes in ihrem moralischen Protest allein zu lassen. Dabei ist es uns völlig klar, daß wir die von einem Teil des SDS getragenen extremistischen Auffassungen auf das Schärfste verurteilen und uns mit ihnen nicht identifizieren. Die Antragsteller wählen mit ihrem Ersuchen Methoden, die bei politischen Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratischen Partei bisher nicht üblich waren. Daher verwahren wir uns auf das Schärfste gegen die Unterstellungen, die von einzelnen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei erhoben worden sind. Für uns stehen die Amerikaner in Berlin für die Freiheit der Bevölkerung und mit Zustimmung der über großen Mehrheit der Bevölkerung. Für uns wird aber diese Freiheit in Vietnam nicht verteidigt, sondern eher gefährdet. Daher unser Protest. Es ist Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, eine Brücke herzustellen zwischen den studentischen Bürgern und der Bevölkerung dieser Stadt. Hierbei können Verbote kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein."

EINE KLAGE AUS DEM HAUSE SPRINGER: GEGEN EXTRA-DIENST UND NEUSS

Eine "Klageschrift der Kommanditgesellschaft in Firma Axel Springer & Sohn" flatterte uns am Montag ins Haus. Verklagt werden: EXTRA-Dienst GmbH und seine beiden Geschäftsführer Barthel und Guggomos, nochmals Guggomos als verantwortlicher Redakteur und "der Schauspieler Wolfgang Neuss". Bei einem angesetzten Streitwert von DM 200 000 verlangt Springer von der 15. Zivilkammer des Landgerichts, obig Genannte zu einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Haft bis zu sechs Monaten zu verurteilen, falls sie nicht die Behauptung unterlassen, "die Klägerin habe die Überfälle auf die Morgenpost-Filialen Anfang 1968 inszeniert oder durch ihre Mitarbeiter inszenieren lassen". Auf vier vollen Seiten "begründet" Springer dann seinen Antrag, berichtet dem Gericht über Kritische Universität, Springer-Anleihen und "Enteignet-Springer"-Parolen, eine TU-Veranstaltung mit der Vorführung des schwarzhumorigen Films "Wie stelle ich einen Molotow-Cocktail her", über einen Resolutionsentwurf auf Mitbestimmung in den Springer-Redaktionen, eine neuerliche Filmvorführung und hat als Zeugen dafür einen "NN", Springer-Anwalt Dr. Rust (siehe EXTRA-Dienst 10/II: "So macht man einen Reibach") überreicht dann Fotos von den eingeworfenen Scheiben der Morgenpost-Filialen, erläutert nun die Eigentumsverhältnisse bei der EXTRA-Dienst GmbH und kommt im vierten Absatz von Seite 6 der sechseinviertelseitigen Klageschrift endlich "zur Sache".

EXTRA-Dienst und Neuss hätten in Druckschrift vom 7. Februar die "Behauptung" aufgestellt, "die im Verlag der Klägerin erscheinende Bild-Zeitung habe die Überfälle auf die Morgenpost-Filialen inszeniert. Das ist eine ganz üble Kampagne, die an die Nazi-Zeit erinnert... Die Erfindung der Beklagten ist so ungeheuerlich, daß die Klägerin das nicht widerspruchslos hinnehmen kann. Die Beklagten versuchen mit ihrer Erfindung eine Legende einzuleiten, wie es schon Göring anlässlich des Reichstagsbrandes versucht hat. Die Beklagten werden für die Richtigkeit ihrer Behauptung nicht die geringsten Anhaltspunkte liefern können. Sie haben einfach etwas frei erfunden, um der Klägerin Schaden zuzufügen."

Das wird ein komischer Prozeß. Die "Behauptung" steht nämlich in einer Satire des Satirikers Wolfgang Neuss, in der unter anderem auch "behauptet" wurde, beim Kalten-Kriegs-Kolumnisten Mathias Walden sei eine Herzverpflanzung vorgenommen worden und ein Publikationsorgan namens "weltbildbz" sei eine deutsche Geschlechtskrankheit. Gegen diese medizinischen Mutmaßungen wurde aber keine Klage eingereicht.

Nun warten wir mit der interessierten Öffentlichkeit auf einen Prozeß, in dem Springer ein deutsches Gericht blamieren will. Denn anders kann man die Zumutung an die 15. Kammer, Satire nicht von "Behauptungen" unterscheiden zu können, nicht bezeichnen.

HAMBURG: POLITISCHE POLIZEI IN DEN OBERSCHULEN

Am Tag vor der Vietnam-Demonstration in Hamburg Anfang Februar erschien in einigen Hamburger Oberschulen die Politische Polizei. Sie durchsuchte Räume der Schülermit-

verwaltung und der Schülerzeitungen und beschlagnahmte studentische Flugblätter. Einzelne Schüler wurden aus dem Unterricht geholt und in den Lehrerzimmern verhört.

RC SAARBRÜCKEN: HEARING ÜBER SAAR-ZEITUNG

Mitte März eröffnet auch der Republikanische Club Saarbrücken eigene Räume: Im Zentrum der Stadt (Sulzbachstraße 25) über dem Studentenlokal "Tangente". Der Club hat inzwischen rund 100 Interessenten; Mitglieder sind neben Studenten, SPD-Mitgliedern und Gewerkschaftern vor allem Akademiker. Inzwischen wurden vier Arbeitskreise gebildet. Sie beschäftigen sich mit der Pressekonzentration, der Notstandsgesetzgebung, dem Vietnamkrieg und der Stellung des RC Saarbrücken zur gesamten Außerparlamentarischen Opposition. Der Presse-Arbeitskreis bereitet derzeit ein Hearing vor, in dem die Praktiken der "Saarbrücker Zeitung" untersucht werden sollen. Am Rosenmontag (Fasching) führt der Vietnam-Arbeitskreis eine Geldsammlung für desertierte amerikanische Soldaten durch.

RC MANNHEIM-LUDWIGSHAFEN: FASCHINGSZUG ABSAGEN

Vertreter des RC Mannheim-Ludwigshafen sowie der evangelischen und katholischen Kirche haben nach einem gemeinsamen Gespräch angeregt, den Karnevalsumzug in den Nachbarstädten am Rhein in diesem Jahr wegen des Krieges in Vietnam abzusagen. Das dabei eingesparte Geld solle zu Hilfsaktionen für Vietnam verwendet werden.

GEGENUNIVERSITÄT LONDON: LEHRBETRIEB ERÖFFNET

Mit 150 Immatrikulierten begann am 12. Februar die erste britische Gegenuniversität in London ihren Lehrbetrieb (siehe EXTRA-Dienst 9/II). Die Vorlesungen reichen von Kursen in elektronischer Musik bis zur "Taktik des Guerillakampfes". Rund 40 Dozenten verschiedener englischer Universitäten beteiligen sich an dem Projekt.

AUF SCHALLPLATTE: NEUSS SPRICHT BILD

In diesen Tagen ist auf dem Schallplattenmarkt eine Platte mit dem Titel "Neuss spricht Bild" erschienen. Auf der Platte sind neben dem Kabarettisten Wolfgang Neuss Horst Tomayer und Margret Gute zu hören. Verwendet wurden "in freier Bearbeitung" Schlagzeilen und Text der Bild-Zeitung. Neuss: "Keine perfekte Erledigung des Themas, eine von vielen kleinen Aktionen der Aufklärung." Die Platte ist in den Buchhandlungen "das europäische buch", Karin Röhrbein und in der Bücherstube des Republikanischen Clubs zu erhalten.

WITZ DER WOCHE

Westberlins Regierender Bürgermeister Schütz unterhielt sich vor der Vietnam-Demonstration mit dem Publizisten Erich Kuby. Er antwortete auf die Frage nach einer Solidarisierung zwischen Arbeitern und Studenten im Krisenfall: "Eine verhältnismäßig ins Gewicht fallende Arbeitslosigkeit würde bereits bürgerkriegsähnliche Zustände schaffen. Besonders, wenn wir dann noch 300 oder 400 radikale linke Studenten in der Stadt hätten." Schütz auf die Kuby-Frage, was er vom Vergleich der Steinwürfe gegen Springer-Filialen mit der Reichskristallnacht 1938 halte: "Ich halte das für einen gänzlich unangebrachten Vergleich." In dem Kuby-Interview, das der "Stern" in dieser Woche veröffentlicht, erklärt Schütz, er wolle notfalls auf Studenten in Westberlin "verzichten". Ihn interessiere nur "Ordnung".

WITZ DER WOCHE

Zwei Studenten, die als Nachtpförtner im evangelischen Krankenhaus Hubertus im Westberliner Stadtteil Schlachtensee tätig sind, hängten am Freitagabend an der Tür des Krankenhauses einen Zettelaus, der sich an die Angestellten und Besucher des Krankenhauses wandte. Darin wurde, "nachdem sich mit Bischof Scharf auch die Evangelische Landeskirche Berlin mit den Gegnern der verbrecherischen und barbarischen Kriegsführung der USA in Vietnam solidarisiert hat", zur Beteiligung an der Vietnam-Demonstration am letzten Wochenende aufgerufen. Noch am Sonnabend teilte der Krankenhaus-

Verwaltungsdirektor "i. A. Werner" den Studenten mit: "In der Nacht vom 16. zum 17. 2. 1968 haben Sie einen Aufruf an die Eingangspforte zum Krankenhaus aufgehängt, der zum Terror auffordert. Wir verurteilen dies aufs schärfste und haben für Ihre Unverschämtheit kein Verständnis. Sie waren nicht dazu berechtigt, von sich aus einen Aushang ohne vorherige Genehmigung der Verwaltung des Krankenhauses im Krankenhaus auszuhängen. Eine noch viel größere Unverschämtheit und Mißachtung fremden Eigentums ist die Tatsache, daß Sie Ihre Hetzparolen auf firmeneigenem Papier geschrieben haben. Dies ist eine vollkommene Mißachtung fremden Eigentums. Wir bedauern sehr, daß sich die Situation so entwickelt hat. Auf Grund dieser Tatsache werden wir in Zukunft auf Ihre Dienste verzichten und erteilen Ihnen hiermit Hausverbot und behalten uns das Recht vor, Anzeige gegen Sie zu erstatten. Wohlgemerkt, es geht nicht um den Inhalt des Aufrufs sondern um die Tatsache, daß Sie ohne vorherige Genehmigung so etwas im Hause verbreiten; dadurch gefährden Sie die Ordnung und Ruhe des Krankenhausbetriebes." Bei dem "firmeneigenen Papier" handelt es sich um zwei "Meldescheine der Krankenanstalten für die Meldebehörde".

HINWEISE DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

DONNERSTAG, 22. Februar, 20 Uhr: Willy Huhn vom Arbeitskreis Bürokratie und Räte-demokratie im RC referiert über "Rußland 1917 - 1921".

FREITAG, 23. Februar, 20 Uhr: Dr. Ekkehart Krippendorff verteidigt in der "Clubdiskussion" des RC seinen Artikel in der "Zeit".

DER ARBEITSKREIS AKTION im RC bittet um Bildmaterial von Provokateuren, die während der Vietnam-Demonstration am vergangenen Sonntag Zwischenfälle verursacht haben. Es liegen bereits zahlreiche Anhaltspunkte vor, die auf gesteuerte Provokationen hindeuten. Fotoabzüge bitte an den "Arbeitskreis Aktion" im Republikanischen Club, 1 Berlin 15, Wielandstraße 27.

EXTRA-REPORT

DER FRÜHLING KOMMT, WACH AUF, DU FASCHIST! / VON MARTIN BUCHHOLZ

"Im anbrechenden Frühling wird das deutsche Volk seine Widersacher ohne Gewalt durch die Wucht seiner Volksgemeinschaft bewältigen." So stand es in der "Welt" vom Montag. Dem früheren SPD-Reichstagsmitglied Siegfried Aufhäuser, einst zusammen mit William Schlamme "Weltbühne"-Autor, die inzwischen beide nach rechts in die "Volksgemeinschaft" abschwanken, öffneten Springers Redakteure die Spalten für das völkische Frühlingssahnen: Das ersehnte "heiße Wochenende" war auf Gerichtsbeschuß hin und durch die Disziplin der Anti-Vietnam-Demonstranten nur lau geworden. Das eben war für Leute von "Welt" nur "schwer erträglich", wie man in einem redaktionseigenen Kommentar auf Seite 1 erfuhr.

"Schwer erträglich" war insbesondere die richterliche Nachhilfestunde in Demokratie für den Berliner Senat: Nach Schützens Lesart blieb der Rechtsstaat dennoch ein Rechtsstaat. Als er am Sonntagnachmittag die Demonstranten zu potentiellen Kriminellen stempelte, erwies sich, daß er nichts dazugelernt hatte. Erich Fried machte den vergeblichen Versuch, sich vorzustellen, etwas ähnliches wäre beispielsweise in London passiert: Dort hätte ein Bürgermeister mit einer solch krassen Verleumdung demokratischer Demonstranten "politischen Selbstmord" begangen. Ein solcher Mann - so erklärte Fried vor der Deutschen Oper - müsse entweder schwachsinnig sein oder ein Faschist. Nun, eines wissen wir mit Sicherheit: Schwachsinnig ist Schütz nicht, wenn auch viele seiner Maßnahmen so anmuten.

Immerhin hält der Senat die meisten Westberliner Bürger für schwachsinnig genug, seine Märchen von der "radikalen Minderheit" zu glauben. In den Springer'schen Märchenblättern paarte sich denn auch grimmige Wut mit Grimm'scher Fabulierlust: Die Redakteure zählten ebenso wie die Polizei nur "etwa 10 000" oder "knapp 10 000" Demonstrationsteilnehmer. Die "Welt" allerdings spendierte eine Zulage: bei ihr waren es "rund 12 000". "Der Abend" hatte Redakteure dabei, die weiter und wahrscheinlich auch richtig zählen konnten: "etwa 15 000". So knickerig die Springer-Blätter waren, so großzügig zeigte sich das "Neue Deutschland": Hier waren "über 20 000" dabei. "Die Wahr-

heit" wußte in einem Sonderdruck sogar von "über 30 000" zu berichten. Über 15 000 also, die es den Bürgern im Vorbeimarsch litanei-artig vorsangen: "Wir sind eine radikale Minderheit". Oder: "Wir sind alle ungewaschen!" Oder: "Wir sind alle aus der Zone!" Oder, den gaffenden Bürgern das Wort aus dem Mund nehmend: "Wir sind alle mal jung gewesen!". Und schließlich die unverblümete, dennoch nicht ungereimte Aufforderung: "Bürger, runter vom Balkon, unterstützt den Vietkong!"

Ansonsten klang es international: "FNL vaincra!" riefen die Franzosen und Belgier. "Hey hey, LBJ, how many kids did you kill today?" fragten die Engländer und Amerikaner. "USA - SA - SS" und "Ho-Ho-Ho-Chi-Minh" skandierten sie alle.

Tapfer, zuweilen mit einem süß-sauren Lächeln, marschierte Harry Ristock unter roten Fahnen, Vietkong-Flaggen, Großbildern von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Lenin, Guevara und Ho-Chi-Minh mit. Er und seine SPD-Mannen hatten sich das Bekenntnis vor den Bauch gepappt: "Ich bin SPD-Mitglied". Wie lange noch?

"Das war den Berlinern zuviel!" stellte am nächsten Morgen Springers "BZ" schlagzeilen-lautstark fest. Schon am Kurfürstendamm kam es zu ersten Provokationen. Am Lehliner Platz schlug ein Zuschauer, der sich hinterher stolz als CDU-Mitglied feiern ließ, einen Fahnenträger am Rande der Demonstration zusammen. Andere Demonstranten griffen ein und drängten den Provokateur ab. Aus dem Zug heraus kamen spontane Sprechchöre: "Laßt Euch nicht provozieren - weitermarschieren!"

Ähnliche Szenen gab es auch in der Joachim-Friedrich-Straße und an der Deutschen Oper. In einigen Fällen schaute die Polizei tatenlos zu, als betrunkene Zuhälter-Typen vom Stuttgarter Platz sich zu den Schlägern der Jungen Union und der NPD gesellten und nach der Kundgebung massiv tätlich wurden. Ein Polizist drehte demonstrativ den Kopf weg, als in der Joachim-Friedrich-Straße ein Fiat (Auto-Nummer B-NJ 346) in die Menge fuhr und zwei Mädchen verletzte. Die Polizei stand abwartend am Rande, als während der Kundgebung "Bauarbeiter" mit langen Latten auf Demonstranten losgingen. Und ebenso uninteressiert taten einige Beamte am Ernst-Reuter-Platz, als nicht weit von ihnen an der Technischen Universität NPD- und CDU-Provokateure einen bärtigen Studenten verprügelten, weil sie - wie sie hinterher als ausreichende Entschuldigung vorbrachten - in ihm Fritz Teufel erkannt haben wollten. In der BZ las sich das so: "In der Straße des 17. Juni hatten sich vor der Technischen Universität die ersten Gegendemonstranten aufgestellt... Ihre Zahl wuchs so schnell an, daß sich Teilnehmer der Vietnam-Demonstration ängstlich in ihre schon wartenden Busse flüchteten." Daß diese "Gegendemonstranten", diese "friedlichen Berliner" größtenteils mit Schlagstöcken ausgerüstet waren, konnte man zur gleichen Zeit aus einer vertraulichen Meldung über den Polizeifunk hören. Die Polizei wartete auch hier auf die große Schlägerei, mit der man endlich die Vietnam-Demonstranten denunzieren konnte. Doch "Ho-Chi-Minh-Rufer knallroter Prägung", die "kommunistischen Demonstranten" ließen sich nicht provozieren: Die "BZ" tadelte sie als Feiglinge, als "verängstigte Vietkong-Anhänger".

Danach wanderten die enttäuschten christlich- und nationaldemokratischen Schläger zum Amerika-Haus und machten das Gebiet rund um den Zoo unsicher. Junge Leute mit Vietnam-Plaketten am Revers taten gut daran, ihnen auszuweichen. Die Polizei ließ diese "Nachdemonstration" gelten, auch als die Prügel-Berliner schließlich auf der Fahrbahn des Kurfürstendamms marschierten: Eine solche Aktion entwickle sich spontan und brauche daher nicht angemeldet zu werden, erklärte Polizeipräsident Moch. Aus den etwa 500 Mann - diese Zahl wurde noch am Abend über den Rundfunk gemeldet - machte die "BZ" am nächsten Tag 2000 Leute. Das ist Springer'sche Ökonomie: Was man bei der einen Demonstration abzieht, zählt man bei der anderen hinzu. Über die "Rekordzahlen" der vom Senat geplanten Anti-Studenten-Kundgebung kann man schon heute voraussagen: Unter 50 000 werden sich "Bild", "Morgenpost" und "BZ" nicht zufriedengeben, aber 100 000 hört sich eigentlich noch schöner an.

Natürlich ist dann plötzlich keine Rede mehr vom "Bannmeilen-Gesetz", das Demonstrationen am Rathaus Schöneberg unterbinden soll. Dieses Gesetz gilt nur für unerwünschte Aktionen. Es gehört mit in den Katalog der schon seit Jahren vom Senat praktizierten Notstandsmaßnahmen.

Denn nichts anderes als praktizierter Notstand sind all die Demonstrationsverbote und Polizeiaktionen vom 2. Juni vergangenen Jahres an. Das ist durch das Urteil und die

Einstweilige Anordnung des Verwaltungsgerichts aktenkundig. In diese Notstandsmaßnahmen hinein gehören auch die Massenverhaftungen von Plakat- und Zettelklebern vor der jetzigen Demonstration. Zahlreiche von ihnen hatte man in der Freitagnacht von der Straße weg verhaftet und in ein besonders eingerichtetes "Schutzhaft"-Lager in der Polizeischule Spandau gebracht. Man erklärte ihnen, daß sie erst nach der geplanten Demonstration wieder freigelassen werden würden. 12 der Häftlinge hatten aber über Rechtsanwalt Mahler beim Verwaltungsgericht eine Einstweilige Anordnung auf Freilassung verlangt.

Als das Gericht dann in einer anderen Einstweiligen Anordnung die Demonstration genehmigte, wurden die Inhaftierten aus Angst vor einer zweiten schweren Schlappe vor Gericht am Samstagabend nach etwa 18 Stunden "Schutzhaft" freigelassen. Inzwischen ist Anzeige wegen Freiheitsberaubung im Amt erstattet worden.

Wie sagte es SPD-Mann Aufhäuser so schön: "Im anbrechenden Frühling" wird die Linke die "Wucht der Volksgemeinschaft" zu spüren bekommen. Schon bald will uns der Senat im Verein mit CDU und NPD diese Wucht, auf die er am Sonntag verzichten mußte, verpassen.

Und im Rentnerstädtchen Polkwitz singen schon jetzt alle Mütterchen voll neuer Courage: "Der Frühling kommt! Wach auf, du Faschist! Und was noch nicht gestorben ist, da macht sich auf die Socken nun..."

EXTRA-DOKUMENTATION

WENN DEMOKRATIE FUNKTIONIEREN WÜRDE: DANN RÜCKTRITT VON SCHÜTZ

Für die Verbände der Außerparlamentarischen Opposition gab der Vorstand des Republikanischen Clubs nach Beendigung der disziplinierten Vietnam-Kundgebung eine Erklärung ab. Sie lautet:

"Zum ersten Mal hat bei einer Massendemonstration in Berlin die Polizei nicht eingegriffen. Infolgedessen ist es nicht zu einer Störung von Sicherheit und Ordnung gekommen. Nicht die außerparlamentarische Opposition, sondern der Regierende Bürgermeister und sein Innensenator haben durch ihre hetzerischen Parolen die extreme Rechte auf die Straße gebracht.

Die Versuche der extremen Rechten, mit organisierten Schlägerkolonnen die Demonstranten zu provozieren, sind gescheitert.

Die Entscheidungen des Verwaltungsgerichts gegen die verfassungsfeindliche Politik des Senats haben eindeutig klargestellt, auf wessen Seite das Recht ist. Aber auch Schütz hat sein Verhältnis zur Verfassung von Berlin und zum Grundgesetz verdeutlicht, indem er mit opportunistischem Gespür für das gesunde Volksempfinden weiterhin für ein Demonstrationsverbot eintritt.

In jeder funktionierenden parlamentarischen Demokratie wäre der Rücktritt eines Regierungschefs und seiner Regierung, die ihre Unfähigkeit so eklatant zur Schau gestellt haben wie die von Berlin an diesem Wochenende, selbstverständlich."

SDS-BUNDESVORSTAND: KEINE DEWISENHILFE MEHR FÜR DIE USA

Anläßlich der Internationalen Vietnamkonferenz rief der SDS-Bundesausschuss die Bevölkerung der Bundesrepublik auf, die Bundesregierung durch Proteste daran zu hindern, weitere Devisenzahlungen an die USA zu leisten und damit den Vietnamkrieg der USA zu unterstützen. Der Wortlaut des Aufrufs:

"In den vergangenen Wochen haben in Bonn Verhandlungen zwischen der US-Regierung und der Bundesregierung über die Erneuerung des Devisenhilfeabkommens zwischen den USA und der Bundesrepublik begonnen. Die Zahlungsbilanz der USA ist durch den Vietnam-Krieg zerrüttet worden. Von der Bundesregierung erhofft sich die Johnson-Administration Devisenhilfe, um ihren Vernichtungsfeldzug gegen das vietnamesische Volk ungehindert fortsetzen zu können. Es ist zu befürchten, daß die Bundesregierung diese Ersuchen nachkommt und auch auf diese Weise Komplizin der US-Aggression wird, ob-

wohl die Devisenhilfe die Finanzlage der Bundesrepublik weiter verschlechtern würde. Mit deutschem Geld soll die Ausrottung eines Volkes finanziert werden.

Wir rufen die Bevölkerung der Bundesrepublik, die in ihrer Mehrheit gegen die US-Aggression in Vietnam ist, auf, gegen diese Absichten zu protestieren und sich nicht durch Stillschweigen die Hände schmutzig zu machen.

Wir fordern alle Gruppen der außerparlamentarischen Opposition auf, sich unverzüglich durch Aktionen in die Verhandlungen in Bonn einzuschalten und ihre Fortsetzung zu verhindern.

Der Deutsche Bundestag hat sich mit seiner Duldung der Unterstützungspolitik der Bundesregierung für den US-Imperialismus und durch sein Schweigen zum Völkermord in Vietnam mitschuldig gemacht.

Wir fordern alle Gruppen der außerparlamentarischen Opposition auf, dies der Bevölkerung deutlich zu machen, indem die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen gezwungen werden, in öffentlichen Diskussionen ihre Haltung zu verteidigen.

Die Nationale Befreiungsfront Südvietnams hat in einer gewaltigen Offensive gezeigt, was Menschen gegen eine überwältigende Militärmaschine vermögen. Das wollen wir uns zum Vorbild nehmen."

DIE SCHLUSSERKLÄRUNG DER INTERNATIONALEN VIETNAMKONFERENZ

Zum Abschluß der Internationalen Vietnamkonferenz am 17. und 18. Februar in Westberlingabder Veranstalter SDS eine Erklärung ab, deren Kern ein 6-Punkte-Programm ist, das die Teilnehmer der Konferenz zum Beschluß erhoben. EXTRA-Dienst dokumentiert die Erklärung und das 6-Punkte-Programm im Wortlaut:

"Während das vietnamesische Volk den Kampf für Unabhängigkeit und sozialistische Demokratie gegen den barbarischen US-Imperialismus führt, während in West-Berlin der Senat als Komplize des US-Imperialismus versucht, jede Solidarisierung mit dem Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes als kriminell zu verfolgen und mit Polizeiterror zu zerschlagen, haben sich in West-Berlin Vertreter der sozialistischen Jugend Westeuropas, Vertreter der amerikanischen Widerstandsbewegung und Vertreter der revolutionären Jugend der drei Kontinente versammelt, um ihre Solidarität mit dem Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes zu bekunden und um gemeinsame Maßnahmen für den Kampf gegen den US Imperialismus zu beraten.

In einer groß angelegten Offensive hat die FNL Südvietnams den revolutionären Volkskrieg auf eine neue Stufe gehoben. Ihre militärischen Erfolge fußen auf dem intensivierten Kampf des gesamten vietnamesischen Volkes. Diese Erfolge beweisen die Fähigkeit revolutionärer Befreiungsbewegungen, die mit dem gigantischen Vernichtungsapparat einer industriellen Großmacht geführte konterrevolutionäre Aggression abzuweisen. Sie entlarven vor der Weltöffentlichkeit und vor der Bevölkerung der USA alle Erfolgsmeldungen und -prognosen der konterrevolutionären Führung als Lügen. Mit der erfolgreichen Offensive der revolutionären Befreiungskräfte wächst die Gefahr weiterer geografischer und militärischer Eskalation der amerikanischen Aggression. Es ist zu befürchten, daß der in die Defensive getriebene US-Imperialismus einen Ausweg im Einsatz von Atomwaffen sucht.

In dieser Situation muß die Oppositionsbewegung in den kapitalistischen Ländern ihren Kampf auf eine neue Stufe heben, ihre Aktionen ausweiten, verschärfen und konkretisieren. Die Oppositionsbewegung steht vor dem Übergang vom Protest zum politischen Widerstand.

Heute versucht der US-Imperialismus, über die NATO die westeuropäischen Metropolen in seine Politik der kolonialen Konterrevolution einzubauen. Aber der Befreiungskampf der Völker in der Dritten Welt verschärft die Widersprüche zwischen und innerhalb der imperialistischen Metropolen. Es kommt darauf an, diese Widersprüche zu analysieren und auszunützen. Die militärische Zusammenarbeit zwischen dem Haupt der kolonialen Konterrevolution, den USA und den westeuropäischen Ländern muß zerbrochen, ihre Agentur, die NATO, muß zerschlagen werden. Der Kampf gegen die US-Aggression in

Vietnam muß zugleich ein Kampf gegen die imperialistische Politik der kapitalistischen Länder Westeuropas sein. Eine zweite revolutionäre Front gegen den Imperialismus in dessen Metropolen kann nur dann aufgebaut werden, wenn die antiimperialistische Oppositionsbewegung lernt, die spätkapitalistischen Widersprüche politisch zu aktualisieren und den Kampf um revolutionäre Lösungen in Betrieben, Büros, Universitäten und Schulen aufzunehmen.

Die in West-Berlin versammelten Vertreter der sozialistischen Jugend Westeuropas, der amerikanischen Widerstandsbewegung und der revolutionären Jugend der drei Kontinente sind sich darin einig, durch folgende Aktionen ihren gemeinsamen antiimperialistischen Kampf zu konkretisieren und zum aktiven Widerstand zu entfalten:

1. In allen westeuropäischen Ländern wird die Kampagne zur materiellen Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes der FNL Südvietnams auf breiter Basis fortgesetzt und verstärkt.

2. In westeuropäischen Ländern mit amerikanischen Truppenstützpunkten werden so wie in den USA selbst Aufklärungsaktionen unter den GI's durchgeführt mit dem Ziel, die Wehrkraft der US-Armee zu zersetzen und die Soldaten von der Notwendigkeit des Widerstandes, der Sabotage und der Desertation zu überzeugen.

3. Gegen NATO-Basen in westeuropäischen Ländern wird in Aktionen und Demonstrationen eine Kampagne "Zerschlagt die NATO" geführt. In allen Ländern wird der Austritt aus der NATO zum Ablauf des NATO-Vertrages 1969 gefordert.

4. In jenen westeuropäischen Ländern, aus deren Häfen Rüstungsgüter für die US-Aggression in Vietnam verschifft werden, wird auf Hafentarbeiter-Streiks hingearbeitet.

5. In West-Berlin wird eine Dokumentationszentrale gegen den Mißbrauch der Wissenschaft zu Zwecken der imperialistischen Kriegsführung eingerichtet. Die antiimperialistische Widerstandsbewegung wird aufgefordert, diese Zentrale zu unterstützen und zu benutzen.

6. In allen westeuropäischen Ländern wird eine Kampagne vorbereitet zur Aufklärung der Bevölkerung über Konzerne, die als Produktionsstätten für Vernichtungswaffen am schmutzigen Krieg verdienen. Dieser Kampagne werden sich Demonstrationen und Blockaden anschließen (z. B. gegen den Napalmproduzent Dow Chemical).

Wir rufen die antiimperialistischen Widerstandsbewegungen auf, darüberhinaus immer wieder auf gemeinsame Massenmanifestationen gegen den US-Imperialismus und alle seine Handlanger in Westeuropa hinzuarbeiten. Im Verlauf dieses gemeinsamen Kampfes muß die politische und organisatorische Zusammenarbeit zwischen den revolutionären Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und den Widerstandsbewegungen in den USA und in den westeuropäischen Ländern intensiviert und zu einer Einheitsfront ausgebaut werden.

Es siege die vietnamesische Revolution!
Es siege die sozialistische Weltrevolution!"

===== bestellschein =====

Ich bestelle den Berliner EXTRA-Dienst ab 1968 bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland : DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbh bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT: ()

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: